



Bundesministerium
für Digitales und
Staatsmodernisierung

Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, Friedrichstraße 108, 10117 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Donata Vogtschmidt
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thomas Jarzombek MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Friedrichstraße 108
10117 Berlin

www.bmds.bund.de

Datum: Berlin, 04.09.2026

Schriftliche Frage August 2026
Arbeitsnummer 08/0381

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Frage der Abgeordneten Donata Vogtschmidt,
vom 28.08.2026
(Monat August 2026, Arbeits-Nr. 08/0381)

Frage 08/0381:

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass sie sich Medienberichten zufolge in EU-Verhandlungen unterstützend zu Vorschlägen gezeigt hat, von der Einführung verbindlich wirkender Privacy Signals zur Einwilligung beziehungsweise Ablehnung von Online-Tracking abzusehen, und was ist der Bundesregierung zur Einmischung seitens des Alphabet-Konzerns (Google) in diese laufenden Verhandlungen bekannt, insbesondere auch bezüglich möglicher Gespräche mit der Bundesregierung zum Thema Cookies (<https://netzpolitik.org/2026/online-tracking-deutschland-und-google-wollen-cookie-banner-retten/>)?

Antwort:

Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich die Frage auf die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Digital Omnibus bezieht, hier die Einfügung eines neuen Artikels 88b in die Datenschutz-Grundverordnung. Sie verweist dazu auf die laufenden Verhandlungen im Rat. Die Bundesregierung hat zu Artikel 88b Datenschutz-Grundverordnung bisher keine Änderungen vorgeschlagen, jedoch auf eine eingehende Prüfung der Auswirkungen dieses Vorschlages auf alle beteiligten Kreise - insbesondere auch die Verbraucher – gedrängt. Der Bundesregierung ist die Positionierung von Google zu dem von der Kommission vorgeschlagenen Artikel 88b Datenschutz-Grundverordnung bekannt. Zum Zweck ihrer eigenen Positionierung führt die Bundesregierung laufend Gespräche mit allen beteiligten Kreisen (Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Verbraucherverbände, Datenschützer, Zivilgesellschaft).